2018

Goethe hat im Faust nur die Abrechnung mit seiner Zeit gegeben. Die Utopie hat er nicht gestaltet. Er hat in seinem gewaltigsten Werke doch nur das Gedankenmaterial seiner Zeit aufspeichern können. Und den Gedanken der Befreiung aus der Enge des bürgerlichen Lebens, das in Deutschland doch nur ein beschränktes kleinbürgerliches Leben sein konnte, hat er nur in seiner allgemeinsten Form angedeutet. Der größte Dichter der Deutschen mußte zum Utopismus flüchten, wenn er von der Menschheit Glück singen und sagen wollte. Den genialsten Wurf, das deutsch-kleinbürgerliche Leben in den reißenden Strom größter gesellschaftlicher Begebenheiten zu stellen, tat er in dem Epos von Hermann und Dorothea. Er zeigte den Dichter in seiner gänzlichen Unfähigkeit, das gewaltigste politische Ereignis seiner Zeit zu begreifen. Und der andere Held, dessen Entwicklungsgang er uns geschildert hat, Wilhelm Meister, steht inmitten einer rudimentären gesellschaftlichen Schicht: er will unter Schauspielern zum Weltenmenschen reifen. Die deutschen Verhältnisse erlaubten dem Dichter nicht, anders zu dichten, und eben diese Verhältnisse machten, daß er trotz des Faust und der Iphigenie, trotz des Wilhelm Meister, trotz des Hermann-Epos und des Reineke Fuchs doch der größte Lyriker, der Dichter subjektivster Seelenregungen wurde.

Die Tat Faustens ist Wirklichkeit geworden. Sie hat ihre Verwirklichung in der technisch-kapitalistischen Entwicklung unserer Tage gefunden. Das deutsche Bürgertum fühlt mit der ganzen Sicherheit seines Klasseninstinktes, daß der Dichter des Faust Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blute ist. Und es ist sehr bezeichnend, daß die entwickelteste philosophische Lehre der modernen Bourgeoisie, der energetische Monismus, ihn geradezu „ihren" Dichter nennt.

Das moderne Proletariat erkennt in Goethe die Größe des Genies unumwunden an. Aber es weiß auch, daß seine Gedanken- und Gefühlswelt nicht die Gedanken- und Gefühlswelt Goethes ist und sein kann. Es findet keine poetische Verherrlichung seines Aufstieges und bedarf ihrer auch nicht, und es weiß, daß jeder Versuch in Goethes Werk, und besonders im Faust, Keime im Sozialismus aufzuspüren, immer wieder ins Erdreich bürgerlicher Denkweise zurückführen muß, sehr zum Schaden seines Aufstieges. In keinem Dichter der klassischen Epoche der bürgerlichen Literatur war das Klassenbewußtsein so wenig entwickelt wie in Goethe. Darin war er ein ganz anderer als Schiller, wie Herder darin ein anderer als Lessing war. Und wenn das moderne Proletariat der Dichtkunst Stimme zur Erträglichmachung seines Loses bedarf, so vernimmt es noch immer am liebsten die Stimme der Dichter, in denen, wenn auch bürgerlich, das Klassenbewußtsein am kräftigsten und heißesten pulsierte. Aber kein Dichter kann ihm Lehrmeister und Wegführer im Kampfe um seine Befreiung sein. Es muß den Weg der Tat, den Faust am Abend seines Lebens als den Weg zum persönlichen Blicke fand, von allem Anfang an selbst beschreiten und darf nicht einen Augenblick sagen: verweile doch, du bist so schön! Ihm nützt keine symbolische Uebertragung der Faustideen auf seine Verhältnisse; es schafft sich seine Verhältnisse in jeder Stunde seines Kampfes wie seiner Rast neu. Es läßt Goethe und seinen Faust, die ganze geistige Habe des Zeitalters, neidlos der bürgerlichen Klasse und weiß, daß es diese Klasse nur überwinden kann, wenn es sich auch geistig von ihr emanzipiert hat.

Der geheimnisvolle Trompeter.

Von Walt Whitman.

Hört, ein wilder Trompeter, ein fremder Musikant;
Unsichtbar schmettert er nächstens seltsam vibrierende Töne in die Luft.

Ich höre dich, Trompeter! Aufmerksam lausch ich und bewahre deine Klänge.

Jetzt schwellen sie an, umwirbeln mich wie Sturm;
Jetzt tönen sie leise, halblaut; verlieren sich nun in der Ferne.

Blase, Trompeter, frisch und hell; ich folge dir.
Während unter deinem sanften, heiterfrohen Vorspiel
die tosende Welt, die Straßen, die lärmenden Tagstunden versinken,
Senkt sich der Tau heiliger Ruhe auf mich nieder.

In kühler, erfrischender Nacht wandle ich paradisische Pfade;
Grasduft atme ich, frischfeuchte Luft und Rasen;
Dein Lied befreit meinen starren, gefesselten Sinn,
Du läßt ihn schweifen und schweben, sich sonnen auf himmlischem See.

Blas' weiter, Trompeter! Kriegslärm beschwör herauf.
Auf dein magisches Wort gleich erhebt sich dumpfes Gedröhn wie rollender Donner.

Sieh, Bewaffnete stürmen. — Sieh, durch Staubgewölk die Bajonette gleißen!
Ich gewahre grimmig blickende Kanoniere; Feuerlohe seh ich durch Pulverdampf schlagen; ich höre das Knattern der Gewehre.

Nicht nur Krieg — dein schauerlich Lied, du wilder Spieler, bringt jegliches Schreckensgesicht;
Untaten fühlloser Mörder, Raub, Mord. — Ich höre den Schrei um Hilfe.
Schiffe seh ich scheitern im Meer; auf und unter dem Deck erblick ich grausige Szenen.

O Trompeter! bin ich selbst das Instrument, auf dem du spielst?
Du schmelzest mein Herz, mein Hirn — du erschütterst mich, ziehst mich an; spielst mit mir, wie du willst.

Mit Finsternis jetzt durchdringt mich dein düstres Lied.
Du beraubst lieblichen Lichts und jeglicher Hoffnung.
Ich sehe die Geknechteten, die Unterdrückten, Geschlagenen der ganzen Erde;
Fühle der Menschheit endlose Schmach und Erniedrigung, alles betrifft mich;
Auch die Rache der Menschheit, der Zeitalter Sünden, verheerende Fehden und Zwietracht;
Gänzliche Niederlage lastet auf mir! alles verloren; siegreich der Feind.
Doch unter Trümmern unerschütterlich steht und gigantisch der Stolz bis zum äußersten,
Ausdauer und äußerste Entschlossenheit.

Jetzt, Trompeter! Zum Schluß.
Stimm' ein höheres Lied an als alle bisher!
Sing' meiner Seele, belebe ihr schwindend Vertrauen und Hoffen;
Stärk meinen schwachen Glauben; gieb mir ein Zukunftsbild;
Gieb mir mit Vorahnung zugleich Wonne der Erfüllung.

O frohes, jauchzendes Lied der letzten Höhe!
Mehr als irdische Kraft lebt in dem Klang.

Siegesmärsche! — Freiheit! — Endlich Sieger der Mensch!
Hymnen einem Gott von allen Menschen! — Freude!
Eine neugeborene Rasse im Licht! — Eine vollkommene Welt! Freude!
Männer und Frauen in Weisheit, Unschuld und Gesundheit! — Freude!
Laute, lachende Feste erfüllt mit Freude!
Krieg, Sorgen, Leiden dahin! Vom Uebel gereinigt die Erde! —

Nichts blieb übrig als Freude!

Die Ozeane erfüllt mit Freude! — Die Luft voll Freude!
Freude! Freude in Freiheit, Anbetung, Liebe! Freude in des Lebens höchster Steigerung!
Genug zum Sein! Genug zum Atmen!
Freude! Freude! Ueberall Freude!

Zeugen und Rufer.

Hinstehen und Klagen über das Verderben der Menschen, ohne eine Hand zu regen, um es zu verringern, ist weibisch. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind. Fichte. (1762—1814.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik" (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

1. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 12

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition: Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 9. September

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

АРХИВ БУНДА

Inhalt:

Es geht aufs Ganze . . . . . Seite 89
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie (Forts.) . . . . . „ 90
Die Gewerkschaftsbewegung 1. . . . . „ 91
Kartellpolitik der Gewerkschaften . . . . . „ 93
Aus unserm politischen Tagebuch . . . . . „ 94
Feuilleton:
Ein dunkles Kapitel . . . . . „ 95
Zeugen und Rufer. Von Antonio Labriola. — Börne: Aus meinem Tagebuch. — Ibsen: Brand . . . . „ 96

Es geht aufs Ganze.

„Der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bedeutet nicht einfach eine Vermehrung der Zahl der Feinde der Zentralmächte um eine halbe Million, obgleich das Auftauchen der rumänischen Armee, die sich zwei Jahre lang auf den Krieg vorbereiten konnte, militärisch und strategisch von erheblicher Bedeutung ist, der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bedeutet mehr, und dieses Mehr hängt mit der geographischen Lage des Bojarenlandes zusammen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob es den durch Rumänien marschierenden russischen Truppen gelingen wird, Hand in Hand mit dem rumänischen Verbündeten die von Saloniki her operierenden Truppen Frankreichs, Englands, Italiens und Serbiens zu erreichen, was allerdings nur nach der Zertrümmerung der deutsch-österreichisch-bulgarisch-türkischen Streitkräfte geschehen könnte. Ohne uns auf die strategischen Momente, die sich aus einer solchen Perspektive ergeben könnten, einzulassen, wollen wir uns nur an die politische Seite der Sache halten. Das einzige vom Kontinente her erreichbare große Gebiet der deutschen imperialistischen Expansion ist Vorderasien, mit der Türkei an der Spitze. Das „unabhängige", d. h. unter russischem Einfluß stehende Serbien, bildete einen Riegel gegen diese Expansion, deren Bedeutung nicht nur in den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erschließung der Türkei bestand, sondern auch darin, daß diese Expansion frei vom Druck der englischen Seeherrschaft war; ja, daß sie ihrerseits sogar einen Druck auf die englische Seeherrschaft ausüben konnte, und zwar an einer sehr empfindlichen Stelle, nämlich am Suezkanal. Darum jubelten die imperialistischen Kreise der Zentralmächte, als im Sommer 1915 Serbien niedergerungen und mit Hilfe Bulgariens eine Verbindung mit der Türkei hergestellt wurde. Das erkannten auch die führenden Kreise der Tripelentente."

So erklärte vor kurzem der Ideenmacher der englischen Imperialisten, L. Garvin, der Herausgeber der „Pall Mall Gazette" und des „Observer", in einem Vortrag, wenn es der Trippelentente nicht gelinge, von Saloniki und Rumänien her die Verbindung zwischen der Türkei und den Zentralmächten zu unterbrechen, so müßte der Weltkrieg für England als verloren gelten: dann werde sich den Zentralmächten Rumänien und Griechenland anschließen und Serbien werde seinen Frieden mit ihnen suchen müssen. „Ohne ein gänzliches Umstoßen der jetzigen Tatsache des deutsch-türkischen Zusammenhanges kann es für die Verbandsmächte keinen wirklichen Sieg, für keinen von ihnen eine zukünftige Sicherheit geben. . . . Für England würde es von geringem Nutzen sein, die Herrschaft zur See aufrechterhalten zu haben, die es jetzt hält, wenn seine Feinde zu Lande in einer Stellung belassen würden, die auf der einen Seite sowohl Aegypten als auch Indien bedroht und beide in der nahen Zukunft unhaltbar machen würde, während auf der andern Seite die britische Seemacht in der Zukunft viel weniger wirksam gegenüber Deutschland und sogar an sich von größerer Unsicherheit sein würde." Diese Gedankengänge Garvins, deren Richtigkeit von der „Deutschen Politik", dem Organ Jaeckhs und Rohrbachs, voll anerkannt wurde (in der Nummer vom 26. Juli 1916), zeigen die Bedeutung der Kämpfe, die jetzt kommen, in vollem Lichte.

Aber damit ist ihre Bedeutung nicht erschöpft. Der Weltkrieg wird bei allen seinen Teilhabern um Ziele geführt, die außerhalb ihres nationalen Bestandes liegen: nicht um die nationale Unabhängigkeit, sondern um die imperialistische Expansion über die Grenzen der bisherigen Staaten hinaus. Aber das Mißlingen der imperialistischen Ziele würde für viele zu nationalen Einbußen führen. Siegen die Zentralmächte in vollem Umfange, dann wird das von der erheblichsten Bedeutung für die Selbständigkeit Serbiens und Belgiens sein. Umgekehrt würde der Sieg der Tripelentente nicht nur die Existenz Bulgariens in Frage stellen, den heutigen Bestand Oesterreichs bedrohen (Galizien und Bukowina würde an Rußland, Siebenbürgen an Rumänien, südslavische Teile an Serbien, italienische an Italien fallen), sondern Frankreich würde auch die Hand auf Elsaß-Lothringen legen, ohne den Renaudels die Freude zu machen, dies von dem sehr fragwürdigen Resultat einer Volksbefragung abhängig zu machen. Die Niederlage jeder der beiden Koalitionen wird nicht nur die imperialistischen Ziele des Besiegten, sondern auch seinen nationalstaatlichen Bestand in greifbarster Weise beeinflussen. Die nationalstaatlichen Fragen hängen politisch und imperialistisch unzertrennbar miteinander zusammen.

Die Tripelententepresse jubelt zu früh. Die Katz ist noch nicht im Sacke. Friedrich der Große hat sich mit dem Degen in der Hand den Weg durch eine Welt von Feinden gebahnt. Und die ihm drohenden Gefahren haben den historischen Charakter des Siebenjährigen Krieges nicht im mindesten geändert.

Aus der jetzigen Situation ergeben sich wichtige Momente für die sozialdemokratische Opposition. Das Zentrum der Partei, das seine Opposition mit der Sicherheit der deutschen Grenzen begründet hat, wird durch die Ereignisse vor eine Probe gestellt, wie man sie sich ernster nicht denken kann. Daß die deutschen Heere unerschüttert auf belgischem, französischem und polnischem Boden stehen, ändert nichts an der Tatsache, daß sich im Südosten schwarze Wolken sammeln, daß die Zentralmächte jede Muskel und jeden Nerv anspannen müssen, wenn sie die drohenden Gefahren bannen wollen. Das bisherige sich in Sicherheitwiegen, der Wunsch, daß es keine Sieger und Besiegte gebe, kann jetzt weniger als je eine Grundlage für die Opposition bilden. Ohne eine klare Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen, ohne hiebfeste Antworten auf sie, wird das Zentrum der Partei wie ein Wrack auf den Wellen treiben, keine Kraft haben, selbst in den bisherigen Positionen zu verharren. Was man für eine Frage hielt, die nach dem Kriege zu erledigen sein wird, die Frage einer prinzipiellen Orientierung, ist jetzt die Frage der Existenz der Opposition.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

3. Der Nationalitätenstaat und die Sozialdemokratie.

Das Jahr 1871 endete für Mitteleuropa die Aera, die man fälschlich die Aera der „nationalen" Kriege nennt, und die in Wirklichkeit die Aera der modernen Staatsbildung war. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Oesterreich, Rußland und auf dem Balkan enthüllte noch krasser das Wesen der Staatsbildungsfrage und der sich daraus für die Arbeiterklasse ergebenden Schlüsse. In den Rahmen der national gemischten Staaten wie Oesterreich und Rußland erstarkte der Kapitalismus, ohne Tendenzen zur Bildung besonderer Nationalstaaten zu zeitigen. Eben weil der österreichische und russische Staat der national gemischten Bourgeoisie die Einheit der Wirtschaftsgebiete, die Einheit der Gesetze usw., kurz, die wichtigsten Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft bot, erstrebten die verschiedenen nationalen Bourgeoisien die Bildung der Nationalstaaten nicht. Der Kampf der nationalen Bourgeoisien in Oesterreich, der bei oberflächlichen Beobachtern den Eindruck erweckt, als sei er ein Kampf gegen den Staat, ein Kampf um seinen Zerfall, war in Wirklichkeit ein Kampf um den Staat: jede nationale Bourgeoisie suchte nach einem Mittel, das ihr einen möglichst großen Einfluß auf die Staatsmaschine geben sollte. Und was man jetzt auch herumtuschelt über die angeblichen Absplitterungstendenzen der Tschechen und Ruthenen im Kriege, so können diese Legenden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich der durch die kapitalistische Entwicklung Oesterreichs erzeugte Staatszusammenhalt der national-verschiedenen Bourgeoisien viel stärker erwies, als man es vor dem Kriege annahm. In der Erklärung dieser Erscheinung aus der Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn eine geographisch-wirtschaftliche Einheit bildet, hat Karl Renner zweifelsohne sich große wissenschaftliche Verdienste erworben, wie man sich auch zu seinen sonstigen sozialpatriotischen Kriegsprodukten stellen mag. Selbst in Rußland, wo der Zarismus der fremdnationalen Bourgeoisie keinen Anteil an der Macht gewährt, weil er ihn auch der russischen nicht gab, selbst in Rußland, wo das bureaukratisch-autokratische Regime ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung war, entstanden in der Bourgeoisie der Grenzlande keine Bestrebungen nach staatlicher Absonderung. Wie sehr die autokratische Staatsform auf die Länge hin den Interessen der bürgerlichen Entwicklung widerspricht, diente sie trotzdem den kapitalistischen Interessen: statt in die Wälder zu flüchten und nationalen Aufstände zu organisieren, freute sich die Bourgeoisie des großen Wirtschaftsgebiets, das soviel Gelegenheit zu Geschäften gab und suchte die zarische Maschine durch „schmieren" in Bewegung zu halten.

Selbst als die Wogen der Revolution des Jahres 1905 hoch gingen, sehen wir nirgends in der Bourgeoisie Absonderungstendenzen, ja, bürgerliche Ideologen, die vor der Revolution dem Unabhängigkeitsprogramm huldigten, ließen es im Stiche, als sie in dem Teil der „Verfassung", die ein öffentliches politisches Leben ermöglichte, zu Vertretern breiter Schichten der Bourgeoisie wurden. So die Wandlung der Nationaldemokraten in Russisch-Polen. Nicht Aufteilung Rußlands, sondern Autonomie, d. h. Selbstverwaltung in seinen Grenzen, die die nationale Unterdrückung aufheben würde, so lautete das nationale Programm der polnischen, deutschen, lettischen, armenischen usw. Bourgeoisie Rußlands. Und was in der Zeit der Revolution sich offenbarte, das bestätigte die Haltung der national verschiedenen Bourgeois Rußlands im Weltkriege. Alle nationalen bürgerlichen Aufstände stellten sich als Fabeln heraus.

Aber vielleicht liefert die Geschichte des Balkans den Beweis, daß der Nationalstaat die Form der Herrschaft der Bourgeoisie ihr Ziel ist. Die Kämpfe der jungen Balkanbourgeoisien bilden ganz gewiß ein Beispiel des Strebens jeder Bourgeoisie zur Macht und Herrschaft. Aber die Tatsache, daß die serbische Bourgeoisie um den bulgarischen Teil Mazedoniens, um den albanischen Zugang zum Adriameere Kriege führte, daß die Bulgaren heute nicht nur Pirot, sondern auch Nisch nehmen wollen, das alles bildet eine glänzende Bestätigung dafür, daß es nicht die nationalen, sondern die wirtschaftlichen, militärischen Ziele sind, die das Maß des bürgerlichen Strebens bilden, daß es nicht der Nationalstaat, sondern der wirtschaftlich möglichst entwickelungsfähige, d. h. der Entwicklung des Kapitalismus am meisten fördernde Staat ist, den die Bourgeoisie zu bilden sucht.

Wenn die Geschichte Oesterreichs, Rußlands, des Balkans diese wirtschaftliche nicht national-kulturelle Bestimmung der Staatsziele der Bourgeoisie so klar zeigt, so wirft sie ein nicht minder charakteristisches Licht auf die Haltung der Arbeiterklasse der Frage des Nationalstaates gegenüber. Der Arbeiterklasse Oesterreich-Ungarns ist, seitdem sie den ersten Schritt auf der politischen Bühne getan hat, kein einziges Mal in den Kopf gekommen, dem angeblich mit dem Streben nach Demokratie so eng verwachsenem Streben nach dem Nationalstaat auch nur einen Tag ihres Kampfes zu opfern. Nicht die Zerreißung Oesterreichs in ein Dutzend humoristischer Nationalstaatchen war ihre Losung, sondern die Demokratisierung Oesterreichs, eine Form seiner Einrichtung, die mit der nationalen Unterdrückung enden würde. Die deutsche Arbeiterklasse Oesterreichs, die doch den Anschluß an ein großes Reich finden konnte, kümmerte sich um den österreichischen Alldeutschen, die ihn propagierten, nicht den Teufel. Und die polnischen Arbeiter Oesterreichs, deren Führer an Sonntagen die Unabhängigkeit Polens im Munde führten, ließen sich dies zwar bei ihrem geringe Grade der Entwicklung gefallen, aber ihr wirklicher, täglicher Kampf galt der Demokratisierung Oesterreichs, der Eroberung von Sozialreformen usw.

In Russisch-Polen schien es, als ob die Arbeiterklasse sich die Eroberung der staatlichen Unabhängigkeit zum Ziele gemacht hätte. In der Zeit von 1893—1903 hatte in der polnischen Arbeiterbewegung die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.), die die Unabhängigkeit Polens zum Ziele des proletarischen Klassenkampfes machen wollte, zweifelsohne das zahlenmäßige Uebergewicht. Aber kaum geriet die Arbeitermasse wirklich in Bewegung, kaum beginnen wirkliche Massenkämpfe und nicht die Propaganda sozialpatriotischer Intelligenzler ihre Ideologie zu formen, da zeigte sich, daß die polnische Arbeitermasse den Kampf Arm in Arm mit der russischen um die Republik, um die demokratische Autonomie führte. Es ward offenkundig, daß ihre Interessen nicht die Bildung eines besonderen, sondern die Demokratisierung des bestehenden Klassenstaates, in dessen Rahmen sie sich entwickelt hat, erforderten. In dieser Zeit — es waren die Jahre der Revolution — übte nach einem Ausspruch des „Przedswit", des theoretischen Organs der Poln. Soz. Partei, die Sozialdemokratie Russisch-Polens die Diktatur in der polnischen Arbeiterbewegung aus, jene Partei, die seit ihrer Gründung (1893) klarer als irgend ein anderer Teil der Internationale das Verhältnis des Proletariats zum nationalen Problem erfaßt hat.

Das junge Proletariat des Balkans nahm als letztes Stellung zum Problem der Staatsbildung. Es erfaßte schon in der ersten Balkankonferenz des Jahres 1909 in erster Linie dank der Arbeit des unvergeßlichen jungen Theoretikers der serbischen Sozialdemokratie, Dymitri Tutzowitz, daß ihm die Aufgabe gebührt, in dem historisch notwendigen bürgerlichen Prozeß der Balkanstaatbildung die Interessen der Demokratie zu verteidigen. Während die Bourgeoisie jedes Balkanlandes aus dem Balkangebiet ein möglichst großes Stück herauszuschneiden suchte, was zur Stärkung des Militarismus der Dynastien, zur Verschlimmerung der Bedingungen des zukünftigen Klassenkampfes führen mußte, stellten die Balkansozialdemokraten die Losung der föderativen Balkanrepublik auf. Durch diese Losung trennten sie sich von der Bourgeoisie schon in dem Prozeß der Lösung des Balkanproblems. Sie suchten diesen historisch-fortschrittlichen Prozeß nicht zu hemmen, aber machten sich in ihm nicht zu Trabanten der Bourgeoisie, sondern erstrebten auf seinem Boden das Ziel, das für das Proletariat in der ganzen Epoche der Staatsbildung das wichtigste ist: die Demokratie. Ihre Kräfte waren zu schwach, um ihr Programm zu verwirklichen, wie die Kräfte der sich im Jahre 1848 um Marx sammelnden Arbeiter zu schwach waren, um die Losung der einzigen deutschen Republik zu verwirklichen.

Aber durch ihre Losung der föderativen Balkanrepublik erzielten die Balkansozialisten ein zweifaches: sie blieben nicht außerhalb der Kämpfe, die den Balkan seit Jahren aufwühlten, als kleine propagandistische Sekte; durch die Entfaltung ihrer Fahne sammelten sie einen Teil der Volksmassen um sich, aber sie sammelten sie für eigene Ziele, verhüteten, daß die junge Arbeiterklasse nur die Rolle des Chors der Bourgeoisie spielte.

4. Das Proletariat und die Staatsbildung.

Wir sind am Ende des ersten Teils unserer Ausführungen. Es gilt, in kurzen Worten das Resultat unserer Untersuchungen zu unterstreichen.

Der bürgerliche Staat ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, er ist die Form, in der die über den Feudalismus siegende Bourgeoisie die Herrschaft ergreift, um sie als Hebel der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu gebrauchen. Der „Nationalstaat", d. h. der Staat mit einsprachiger Bevölkerung, bildete niemals das Ziel der Bourgeoisie, sondern sie erstrebte immer ein geographisch und militärisch möglichst günstiges Gebiet. Wo ihre Interessen im Rahmen eines fremden Staates befriedigt wurden, suchte die Bourgeoisie keinen besonderen nationalen Staat zu bilden.

Das Proletariat war, als seiner besonderen Interessen bewußte Kraft, niemals eine staatbildende Kraft: als die Staatsbildung auf der historischen Tagesordnung stand, befand es sich eben erst im Entstehen. Soweit es schon in diesem seinem Zustande bewußt eigene Politik trieb, sorgte es auf dem Boden des historisch-fortschrittlichen Prozesses kapitalistischer Staatsbildung für seine eigenen Interessen, für die demokratische Ausgestaltung des sich bildenden Staates. Wo es auf dem Boden des Nationalitätenstaates entstanden war — was schon ein Beweis dafür war, daß der Rahmen dieses Staates kein Hindernis für die kapitalistische Entwicklung war —, jagte es nicht dem Ideal eines besonderen Nationalstaates nach, sondern kämpfte mit seinen anderssprechenden Klassenbrüdern für die Demokratisierung des national gemischten Staates, für die Aufhebung der nationalen Unterdrückung, die es in seiner kulturellen Entwicklung hemmte, seinen Klassenkampf aufhielt. Die nationale Frage hatte für das Proletariat in den Nationalitätenstaaten die Bedeutung einer Frage der kulturellen Entwicklungsmöglichkeit und der Demokratie. Das Staatsproblem war also für die Bourgeoisie die Frage der Herrschaft über die Produktionskräfte, ohne Rücksicht auf die Nation ihrer Träger, für das Proletariat die Frage der Schaffung der besten Bedingungen für den Klassenkampf um den Sozialismus. Das klassenbewußte Proletariat war niemals solidarisch mit der Bourgeoisie in den national-staatlichen Fragen.

Die Gewerkschaftsbewegung.

1.

Daß der Imperialismus, und namentlich seine gewaltigste Aeußerung, der Weltkrieg, die sozialistische Bewegung völlig umwälzt und ihr neue Bedingungen schafft, ist allmählich wohl jedem klar geworden. Wir stehen ja

mitten in dem Prozeß der Zerrüttung, der Neuorientierung und des Neuaufbaus. Die Gewerkschaftsbewegung scheint weniger davon berührt; aber in Wirklichkeit ist hier die Umwälzung der Grundbedingungen nicht geringer.

Schon vor dem Kriege trat das hervor. Das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege brachte bereits eine Krise der Gewerkschaftsbewegung, langsam erst emporkommend, aber desto mehr Unruhe und Konflikte erzeugend, in ihrer Ursache wie in ihren Konsequenzen unverstanden.

Welches waren die äußeren Erscheinungen? Der rasche und gewaltige Aufstieg der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahrzehnt (1895—1905) hörte auf. Während die Preise unter der Wirkung der Prosperität stiegen, gelang es kaum mehr, den Geldlohn zu steigern: der Reallohn sank, die Lebenshaltung ging zurück. Jeder Kampf um bessere Löhne wurde mit Riesenaussperrungen beantwortet; jeder Ablauf eines Tarifvertrags bedeutete die Wahl zwischen Annahme der Unternehmerbedingungen und einem erschöpfenden Abwehrkampf. In den Organisationen wuchs mit der Zentralisation die Macht der Führer, während Unruhe und Unzufriedenheit in den Massen emporkamen. Wo diese sich in spontanen Streiks entluden, stemmten sich die Beamten dagegen und suchten mittels ihrer Führermacht den Kampf abzuwürgen. Die Diskussionen über Massen und Führer spiegelten diesen inneren Konflikt wider.

Es ist damals oft gesagt worden, daß beide Seiten Recht hatten, und daß der stürmende Drang der Massen ebenso nötig sei, wie die weitblickende Vorsicht der Führer. Jetzt ist es wohl klar, in welchem Sinne das gilt: es waren und sind eben zwei Standpunkte, zwei Weltanschauungen, zwei Richtungen, die hier aufeinander stoßen. Auch die Bourgeoisie hat von ihrer Lage aus genau so gut Recht, wie das Proletariat von seiner Lage aus. Nichts geistloser als die Redensart, die Bourgeoisie mit ihrem Konservatismus sei ebenso nötig wie das Proletariat mit seinem Sozialismus. Dagegen ist es wichtig einzusehen, daß man in der Frage der Gewerkschaftstaktik nicht mit der Frage zu tun hat: was ist Wahrheit? sondern mit dem Kampf zweier Richtungen in der Arbeiterbewegung, mit dem nämlichen Gegensatz, der jetzt zwischen Sozialpatrioten und Sozialisten besteht.

Aus dem Aufschwung und der Prosperität der 90er Jahre entwickelte sich die Methode des Gewerkschaftskampfes zu einer festen Doktrin, die das damals praktisch als zweckmäßig befundene zu einer absolut gültigen Wahrheit auf die Spitze trieb. Zuerst große Organisationen bilden, bevor der Kampf möglich ist, möglichst alle Arbeiter vereinigen, starke Zentralisation, durch hohe Beiträge starke Kassen bilden, die Mitglieder als gutgedrillte Bataillone in den Kampf führen oder vom Kampfe zurückhalten, je nachdem die höhere Einsicht und die Geheimdiplomatie der Führer es gebot — das war das Ideal und die Doktrin der Gewerkschaftsbeamten, die in der Konjunktur eine materielle Grundlage fanden. So näherte sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung demselben Typus, der sich früher in Amerika und England ausgebildet hatte. Er entspricht der Gewerkschaftsbewegung unter einer ruhigen, qualitativ gleich bleibenden, günstigen kapitalistischen Entwicklung. Dann bildet sie ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaft, das nicht dazu bestimmt ist, den Kapitalismus zu untergraben, sondern in ihm eine Art Gleichgewicht zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen herbeizuführen.

Während sich aber diese Vorstellung einer organisierten, gut finanzierten, klug geleiteten, nicht umstürzlerischen Gewerkschaftsbewegung in den Köpfen der Führer und breiter Kreise der Arbeiter festsetzte, untergrub die fieberhafte Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus gerade ihre materielle Grundlage. Sie steigerte die Geschlossenheit und Kampfkraft des Unternehmertums, wälzte die Technik um, schuf in der Herrschaft der Banken über die Industrie kolossale Kapitalmächte, gegen die die Gewerkschaften machtlos waren, und stellte riesige Armeen ungelernter und unorganisierter Arbeiter in den Dienst dieser Betriebe.

Alle diese Erscheinungen, die das Kampffeld zu Ungunsten der Gewerkschaften verschoben, traten schon vor dem Kriege hervor. Aber der Krieg wird sie in seinen ökonomischen Wirkungen noch hundertfach verstärken. Während die kleinkapitalistischen Unternehmungen schwer daniederliegen, wird die Konzentration des Großkapitals durch den Krieg mächtig gesteigert. Und die Gewerkschaften, die sich sofort beim Kriegsausbruch in den Dienst des Imperialismus stellten, sehen ihre gutgefüllten Kassen zur Steuerung der Not dahinschwinden, und werden am Ende des Krieges machtloser denn je zuvor dastehen.

Aber das ist noch nicht alles. Die Entwicklung wird auch eine viel festere Verknüpfung von Staat und Industrie hervorrufen. Seit jeher hat die kapitalistische Privatindustrie in Deutschland sich als Pflegekind des Staates gefühlt: die Interessen der Industrie fördern, galt schon lange als öffentliches Interesse, und die privaten Industrien fühlten sich selbst als Glied eines nationalen Ganzen: ja sie fühlten sich als den Kern der Nation, als die Nation schlechthin. Die Privatindustrie schädigen, hieß daher das Vaterland schädigen, und die Privatindustrie verteidigen, hieß das Vaterland verteidigen. In der Förderung der Industrie sahen die Großindustriellen die vornehmste Aufgabe des Staates, und der Staat erblickte seinerseits in der Erfüllung dieser Aufgabe den stärksten Hebel zur Entfaltung seiner Macht.

Versah doch gerade die große Industrie den Staat mit demjenigen Machtmittel, auf dem Existenz und Macht des modernen Klassenstaates beruhen: mit der Ausrüstung der ungeheuren Heeresmassen. Die wichtigsten Zweige der schweren Industrie wurden Rüstungsindustrie, dies Wort in seinem umfassendsten Sinnen gebraucht. Und auch die Elektro- und chemische Industrie standen ganz wesentlich im Dienste der Rüstungen. Brachte so die Industrie das wichtigste Machtmittel des Staates auf die Höhe der Zeit, so war es wiederum der Staat, dessen Bedürfnisse diese gewaltige Steigerung seiner Macht erforderten. Und je mehr der Staat aus der Enge des Nationalstaates herauswuchs und sich zum Weltstaat entwickelte, je größer dadurch die Reibungsflächen der Weltmächte oder der Weltmachtskoalitionen untereinander wurden, desto riesiger wuchs das Bedürfnis des Staates nach Macht an; desto mehr bedurfte er der durch die Industrie vermittelten Rüstungen, desto mehr lag ihm der Schutz der Industrie am Herzen.

Da seine Entwicklung ihm selbst aber doch erst durch

die Entwicklung der Großindustrie und des mit ihm liierten Großkapitals der Banken vorgeschrieben war, so empfand die Industrie die Notwendigkeit einer weltgebietenden Staatsgewalt in erster Linie. Die Bedürfnisse des Staates und der Industrie durchdrangen, bedangen, erhöhten und förderten einander. Und jetzt geht, unter der Wirkung der Kriegsindustrie und der durch den Krieg geschaffenen Finanzlage, diese gegenseitige Durchdringung noch weiter; man weiß dabei kaum noch, wo die Privatwirtschaft aufhört und die Staatswirtschaft beginnt: der Staatssozialismus ist das offene Bekenntnis bürgerlicher Staatswissenschaftler.

So sehen wir eine mächtige Koalition heranreifen: Die Verbindung von Kapitalmacht und Staatsmacht.

Die letzten großen Gewerkschaftskämpfe, vor allem die Bergarbeiterbewegung, zeigten deutlich, welche Rolle der Staat bei diesen Gelegenheiten, wo der ungestörte Fortgang der industriellen Produktion bedroht war, zu spielen hat. Es gab keinen Streik mehr, und wird in aller Zukunft keinen mehr geben, der nicht politisch wäre. Diese Verhältnisse mußten die alte Gewerkschaftsbewegung in eine tiefe Krise stürzen, umsomehr, als die kapitalistisch-staatliche Entwicklung in lebendigem Flusse war und sich die Einrichtungen und Erscheinungen der Gesellschaft leicht und biegsam anzupassen verstand, während die Gewerkschaftsbewegung dieser Entwicklung gegenüber in der Auffassung ihrer Organisation und ihrer Kampfmethoden doktrinär blieb, nicht ahnend oder doch wenigstens nicht zugebend, daß gerade diese Doktrin die Entwicklung des Kapitals begünstigte.

Kartellpolitik der Gewerkschaften.

In der großen, jahrzehntelangen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sind die Gewerkschaften Sieger geblieben. Sie haben sich die Partei botmäßig gemacht, und man kann die Parteiwirren nicht behandeln, ohne zugleich ihren Mutterboden, die Gewerkschaftsorganisationen, zu durchackern. Ebenso kann an eine Gesundung der Parteiverhältnisse nicht gedacht werden, wenn man nicht in erster Linie auch an die Gesundung der Gewerkschaftsverhältnisse denkt. Wir werden auf diese Fragen noch oft und eingehend zurückkommen.

Während man früher den „freien" Gewerkschaften durch die Politischerklärung, durch Zwangsschiedsgerichte das Lebenslicht auszublasen gedachte, sollen sie jetzt fürstlich belohnt werden für die treuliche Bewahrung des Burgfriedens, für die unschätzbaren Dienste, die sie vom Beginn des Krieges geleistet haben und noch leisten. Sie haben diesen Lohn reichlich verdient. Man unterbreitet ihnen den Plan, sich mit Hirsch-Dunckerschen, nationalen, neutralen, nationalpolnischen und christlichen wie katholischen Fachvereinsgelben zu einer untrennbaren Einheit zu verschmelzen, eine „einheitliche" Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, und auf diese Weise die Kampfparole des Kommunistischen Manifestes „Proletarier aller Länder vereinigt euch!", vorerst im Rahmen der deutschen Arbeiterschaft zu verwirklichen.

Der Vertreter dieser zwar nicht ganz neuen, für die Bourgeoisie aber doch ganz plausiblen Gewerkschaftstheorie ist Herr Bethmann-Hollweg. Der Präsident des internationalen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien, teilt diese Auffassung des deutschen Reichskanzlers zwar nicht vollständig, da ja die Gewerkschaften unter dem Einflusse der politischen Parteien entstanden wären und dieser lebendige politische Einschlag erhalten bleiben müsse; aber zu einem Kartellverhältnis, der Minimalforderung des Kanzlers, einem Kartell des gesamten werktätigen organisierten Arbeitervolkes in Deutschland, könne man sich geneigt zeigen, wenn nur die Zentrumsmatadoren ebenso burgfriedlich gestimmt wären. Natürlich: Für Zölle und indirekte Steuern könne man nicht eintreten, und die Bundesbrüderschaft mit den Gelben ließe sich keine Stunde länger aufrechterhalten, wenn die Christlichen auch in dieser Hinsicht „gelbe" Politik trieben. Aber mit Hirsch-Dunckers Nachfahren, die auf der Grundlage einer echtnationalen Arbeiterpolitik stehen — warum sollte man schließlich nicht mit diesen auf das allerbeste zusammenleben können, und überhaupt: wodurch unterscheidet man sich denn von ihnen?

Der Klassenkampf — aber Genossen, bitte keine Phrasen! Dienen wir dem Klassenkampf nicht eben dadurch, daß wir uns mit unsern bisherigen Gegnern verbinden, um sie zu erziehen? Der Gedanke ist überdies gar nicht neu. Lange vor Bethmann-Hollwegs und Legiens neuer „Theorie und Praxis" des Gewerkschaftswesens hatte man beim Ausbau der Textilarbeiterinternationale daran gedacht, auch die außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Verbände zur „Mitarbeit" heranzuziehen; aber — die Gelben blieben gelb und die Hirsche wurden keine Klassenkämpfer. Auch bei Schaffung der Bergarbeiterinternationale hatte man energisch den Versuch unternommen, die gesammte organisierte Bergarbeiterschaft zu vereinen. Neben der freien Gewerkschaft, unter Führung des Abg. Hue, zogen die Hirsche und die Polen in die Internationale ein, auch die Christlichen entsandten 1906—1907 ihren Delegierten zur Tagung des Bergarbeiterparlaments. Da brach 1912 im Ruhrgebiet der Bergarbeiterstreik aus. Streng „neutral" war, wie es 1905 schon Hue vertrat, die Massenlohnbewegung geführt worden; auf jederlei politische Beeinflussung der Aktion wurde — wenigstens seitens der Arbeiterschaft — verzichtet. Doch die Christen blieben christlich: ihre Führer erließen einen Aufruf zum Streikbruch und der gewaltigste Kampf der Bergleute in deutschen Landen brach erfolglos zusammen. Ja, die Kartellpolitik . . .

Legien ist ein Opfer seines Berufs. Als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes sah er sich veranlaßt, wenn nicht gezwungen, den altenglischen Gewerkschaftstendenzen entgegenzukommen, mit dem Mitgliede der bürgerlich-harmonischen Civic-Federation, mit Samuel Gompers, als Gleicher unter Gleichen zu verkehren. Nach Amerika gerufen, um die Verbindung mit der Internationalen fester zu gestalten, ward er zum begeistertsten Verherrlicher seines Gastgebers und brachte altunionistischen Geist heim in die alte Heimat. Auf dem Münchener Kongreß sehen wir ihn gegen die Mehrheit der deutschen Gewerkschafter bereits die Berufsorganisation wider den Industrieverband verfechten. Die deutschen Arbeiter lehnten den Amerikanismus ab; sie scheinen auch jetzt noch nicht dazu entschlossen, die alten Erfahrungen ihres eigenen Kampfes fremden Einflüsterungen, und seien diese auch noch so verlockend, zu opfern.

Danach sehen wir Legien den Weg gehen, der ihn weitab vom Sozialismus mitten ins Lager der Bourgeoisie hineinführte, der Mitschöpfer der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften, der Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte mußte zum Vorkämpfer der Politik des 4. August werden, jener Auffassung, die Legien zum Siege geführt hat, als er am 2. August die bekannten Beschlüsse der deutschen Gewerkschaftskommission verkündete. Der 2. August, die Verzichterklärung auf den Klassenkampf, hat dem 4. August erst seine Bedeutung verliehen. Den Burgfrieden aber hat das Kartell der reichstreuen Parteien geschaffen, wenn auch die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten gespalten wurde. Der Burgfriede macht Bethmann-Hollweg zum erfolgreichen Theoretiker des deutschen Gewerkschaftswesens, den internationalen, praktischen Gewerkschafter Legien aber zum Befürworter eines Kartells mit Nationalliberalen und Christlichen. Dennoch steckt Sinn und Konsequenz in dieser Entwicklung. Die „freien" Gewerkschaften sind reif für die Kartellpolitik. Es fragt sich nur, ob die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter in ihrer Masse diese Politik der nationalen Verbrüderung zur Zertrümmerung der Internationale in Permanenz mitmachen werden. Wollen sie es nicht, dann bleibt ihnen kein anderer Weg, als die allgemeine Krisis in die Gewerkschaften zu tragen und sie auch dort bis zu allen Konsequenzen zu treiben.

Aus unserm politischen Tagebuch.

4. September.

In der „Berner Tagwacht" und dem Stockholmer „Politiken", dem Organ der schwedischen Imperialisten, veröffentlicht Genosse Radek einen Artikel „Hände weg!", in dem er in schärfster Weise sich gegen den Versuch wendet, Liebknecht zum Schwurzeugen für den Sozialpatriotismus der Tripelentente und somit der Ententemächte zu machen. An Hand der Erklärungen und Artikel Liebknechts beweist Radek, daß Liebknecht nicht nur den deutschen Imperialismus, sondern den Imperialismus der Tripelentente bekämpft hat, daß er von den Sozialisten Frankreichs, Englands und Rußlands dieselbe Politik forderte, die er in Deutschland vertrat. Die Tripelentente-Sozialisten wissen es, wenn sie sich in ihrem Kampfe gegen die eigene Opposition auf Liebknecht berufen, so treiben sie schmählichen Mißbrauch. Aber sie werden sich verrechnen: Die Prinzipientreue Liebknechts läßt sich nicht für den Dienst bei den englischen und französischen Kapitalisten ausnützen.

* * *

6. September.

Wir zitieren aus einem hervorragenden sozialpatriotischen Parteiblatt:

„Die Forderungen nach einer Beseitigung des Reichstagswahlrechts, die Versuche, das Koalitionsrecht einzuschränken und andere reaktionäre Wünsche mehr sind keineswegs vergessen."

* * *

„Das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit hatte es satt, auf vielen Gebieten (!) nur Objekt der Betätigung einer kleinen Minderheit von Besitzenden und Bevorzugten, einer Bureaukratie und des Junkertums zu sein."

* * *

„Wäre der entsetzliche Krieg nicht dazwischen gekommen, hätten wir in Deutschland sicher die allerhärtesten innerpolitischen Kämpfe erlebt."

* * *

„Wir haben nicht einen Augenblick lang die Auffassung gehegt, daß nach dem Kriege in Deutschland eine Art von paradiesischem Zeitalter mit dauerndem Burgfrieden herrschen werde."

* * *

„Politische Fragen sind Machtfragen!"

* * *

„Die herrschenden Klassen geben nur soviel von ihren Vorrechten gutwillig preis, wie sie glauben doch nicht mehr auf lange Dauer verteidigen zu können."

* * *

„Durch die Gewährung von kleinen Zugeständnissen haben herrschende Klassen oft genug vermocht, ihre sonst viel rascher erledigte Herrschaft weiter aufrechtzuerhalten."

* * *

„Die Volksmassen, die heute noch vielfach (!) minderen Rechts sind, werden es nicht leicht haben, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen."

* * *

„Die reaktionäre Anschauung von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Klassenscheidung, die gleichbedeutend ist mit der Auslieferung der Regierungsgewalt an eine ganz dünne Schicht der Besitzenden, erscheint uns als der brüchigste Grundsatz, der aufgestellt werden kann."

* * *

„Die Neuorientierung Deutschlands, das heißt die Demokratisierung in Gemeinde, Staat und Reich, ist, wie Preuß ganz richtig erkannt hat und wovon die breitesten Volksmassen schon längst überzeugt waren, die notwendige Voraussetzung für Deutschlands zukünftige Weiterentwicklung und auch für seine angemessene Stellung im Rate der Völker. Wenn unsere Konservativen das auch während des Krieges noch nicht zu begreifen vermochten, dann dürfen sie sicher sein, daß das Volk verstehen wird, ihnen die Sicherheit dieser Anschauung und die Notwendigkeit der daraus zu ziehenden Folgerungen im Guten oder im Bösen beizubringen."

* * *

Der beißende Witz der Geschichte besteht darin, daß so ernste Dinge in der Chemnitzer „Volksstimme" des Herrn Heilmann stehen. Um dem Proletariat Macht zu verschaffen, um ihm den Kampf zu erleichtern, um die Herrschaft der Konservativen zu brechen, gab Herr Heilmann die Parole aus: Auf, zu Hindenburg! Das war damals. Heute schreibt er:

„Einer großen Zahl von rechtsstehenden deutschen Politikern und Zeitungen ist nicht wohl bei dem Gedanken daran, wie sich nach dem Kriege in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse gestalten werden."

Ja ja, Herr Heilmann, es kommen schwere Zeiten für eine große Zahl von „rechtsstehenden deutschen Politikern und Zeitungen", schwere Zeiten! Und das „Volk" wird eine genaue Bilanz fordern über ihre Worte und ihre Taten, und dann dürfen sie sicher sein, daß das Volk verstehen wird, ihnen die Richtigkeit seiner Anschauungen und die Notwendigkeit der daraus zu ziehenden Folgerungen beizubringen.

Berichtigung.

Im Artikel „Der Bittgang der Sozialpatrioten" in Nr. 11 muß es in der 2. Spalte 9. Zeile von oben heißen: mit einem rein sozialimperialistischen Bekenntnis zum status quo. Im „Faust" auf Seite 87, Spalte 2, 1. Absatz, vorletzte Zeile muß es heißen philologischer Tüfteleien befreit statt philosophischer Tüfteleien, und auf Seite 88 muß es im dritten Absatz 4. Zeile heißen: „Es findet keine poetische Verherrlichung seines Aufstieges und bedarf ihrer auch nicht, und es weiß, daß jeder Versuch, in Goethes Werk, und besonders im Faust, Keime des Sozialismus aufzuspüren, immer wieder ins Erdreich bürgerlicher Denkweise zurückführen muß, sehr zum Schaden seines Aufstieges."

Feuilleton

Ein dunkles Kapitel.

Am 14. Juli 1789 stürmte das Volk von Paris die Bastille, und am 4. August einem andern — denkwürdigen 4. August! — fiel der französische Feudalismus. Und nun brach die Revolution dem Sieg der Bourgeoisie, ihrer Herrschaft über die Produktion, die Bahn auf dem ganzen europäischen Kontinent. Zwar stemmten sich die europäischen Mächte mit allen Kräften der Revolution entgegen. Ueberall fürchteten die Herrschenden um ihr Sein. Die Ostmächte taten sich zur kriegerischen Koalition, glorreichen Angedenkens für die französischen Revolutionäre, zusammen. Der Riesenstrom der größten Volkserhebung der Weltgeschichte ließ sich nicht in seine Quellen zurückdrängen. Er brach die hindernden Dämme und befruchtete den Boden, auf dem die politische und ökonomische Macht der europäischen Bourgeoisie gedeihen konnte. Aber die Furcht war ihnen jäh in die Glieder gefahren, und selbst in England, dem anderen klassischen Lande des bürgerlichen Aufstieges, suchte man Dämme gegen die Hochflut der Revolution zu ziehen. Wie es zu dieser Zeit in England aussah, erzählt uns Buckle im ersten Bande seiner geistvollen „Geschichte der Zivilisation in England". Jenes Kapitel aber, das von der Einwirkung der französischen Revolution auf die Verfassung Englands handelt, ist eines der lehrreichsten aus der englischen Geschichte. Es verdient gerade jetzt, da der mitteleuropäische Imperialismus mit dem englischen Rivalen seinen gewaltigsten Kampf um die Weltgeltung auskämpft, in mehr als einer Hinsicht sorgfältig gelesen zu werden. Lassen wir also Buckle reden:

„Wir können uns einen Begriff von der Bedeutung der Krisis dadurch machen, daß wir die Schritte gegen unsere zwei bedeutendsten Einrichtungen beachten, nämlich gegen die Presse und gegen das Recht der Versammlung, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Sie sind die beiden hervorstechendsten Eigentümlichkeiten, die uns politisch von allen andern Völkern Europas unterscheiden. So lange sie unversehrt erhalten, furchtlos und oft angewendet werden, wird hinlänglich Schutz gegen die Eingriffe der Regierung vorhanden sein, die man nicht zu eifersüchtig bewachen kann, und denen auch das freieste Volk unterworfen ist. Außerdem führen diese Einrichtungen noch andere Vorteile von höchster Bedeutung mit sich. Sie regen politische Erörterung an und vermehren dadurch die Masse der Intelligenz, die auf die politischen Geschäfte des Landes verwendet wird. Sie vermehren auch die Stärke der Nation im allgemeinen, denn sie veranlassen große Abteilungen des Volkes, Kräfte anzustrengen, die sonst brach liegen würden, auf diese Weise aber belebt und in Tätigkeit gesetzt und zu anderen Zwecken und Interessen der Gesellschaft nutzbar gemacht werden.

Aber in dieser Periode galt es für rätlich, den Einfluß des Volkes zu schwächen, und folglich für unangemessen, daß das Volk seine Kräfte durch Uebung stärkte.

1795 wurde ein Gesetz gegeben, das offenbar die Absicht hatte, allen öffentlichen Erörterungen, sowohl religiöser als politischer Gegenstände, für immer ein Ziel zu setzen. Denn es verbot alle öffentlichen Versammlungen, wenn sie nicht fünf Tage vorher in einer Zeitung angekündigt wären, und diese Ankündigung sollte eine Angabe der Gegenstände der Versammlung, sowie der Zeit und des Ortes, wo sie stattfinden werde, enthalten. Und um die ganze Sache völlig unter die Aufsicht der Regierung zu bringen, wurde befohlen, daß eine solche Ankündigung von den Hauswirten unterzeichnet und das ursprüngliche Manuskript zur Nachsicht für die Friedensrichter, die vielleicht eine Abschrift davon brauchen möchten, aufgehoben werden solle, eine vielsagende Drohung, die damals sehr leicht zu verstehen war. Dann wurde noch zum Gesetz gemacht, daß selbst nach solchen Vorsichtsmaßregeln jeder einzelne Richter die Versammlung auflösen könne, wenn nach seiner Ansicht die Sprache der Redner den König oder die Regierung in Verachtung bringen könnte, wobei er auch noch das Recht erhielt, diejenigen zu verhaften, die er für die Schuldigen hielt. So wurde die Macht, eine öffentliche Versammlung aufzulösen und ihre Häupter zu verhaften, einer gewöhnlichen Gerichtsperson und zwar ohne alle Sicherheit gegen Mißbrauch übertragen. Mit anderen Worten, das Recht, öffentliche Erörterungen der wichtigsten Gegenstände ein Ende zu machen, wurden in die Hände eines Kronbeamten gelegt, den die Regierung nach Gefallen absetzen konnte. Hierzu kam, wenn die Versammlung aus zwölf oder aus mehr als zwölf Personen besteht, und länger als eine Stunde nach dem Befehl, sich zu trennen, zusammenbleiben sollte, so stand hierauf Todesstrafe, und sollten auch nur zwölfe diesem willkürlichen Befehl einer einzelnen unverantwortlichen Gerichtsperson nicht gehorchen.

Im Jahre 1799 wurde noch ein Gesetz gegeben, welches verbot, irgend ein offenes Feld oder irgend einen öffentlichen Platz zu Vorlesungen oder zu Debatten zu benutzen, ohne eine spezielle Erlaubnis dazu von der Behörde erlangt zu haben. Ebenso wurde das Gesetz gegeben, daß alle Leihbibliotheken und alle Lesezimmer denselben Bestimmungen unterworfen werden sollten; niemand sollte ohne Erlaubnis der Behörden in seinem Hause Zeitungen, Flugschriften, ja nicht einmal Bücher irgend einer Art für Geld ausleihen. Ehe Anstalten dieser Art eröffnet werden konnten, mußte eine Erlaubnis von zwei Friedensrichtern eingeholt sein, und jährlich wenigstens einmal erneuert werden. Sie konnte aber unterdessen zu jeder Zeit zurückgenommen werden. Wenn jemand ohne Erlaubnis der Gerichtspersonen Bücher auslieh, oder Vorlesungen und Debatten, worüber es auch sei, unter seinem Dache halten ließ, so sollte er für ein so schweres Verbrechen mit 100 Pfund für den Tag bestraft werden, und jeder, der ihm dabei half, sei es als Vorsitzender bei der Verhandlung, oder durch Mitteilung eines Buches, sollte für jedes Verbrechen der Art mit 20 Pfund bestraft werden. Der Eigentümer einer so schädlichen Anstalt sollte nicht nur unter diesen erdrückenden Strafen leiden, sondern konnte auch noch weiter als der Inhaber eines unsittlichen Hauses bestraft werden.

Modernen Ohren klingt es einigermaßen sonderbar, daß der Besitzer eines öffentlichen Lesezimmers nicht nur unmäßiger Geldstrafen unterworfen sei, sondern auch noch als einer, der ein unsittliches Haus hält, bestraft werden, und daß ihm dies alles widerfahren mußte, bloß weil er seine Anstalt ohne Erlaubnis der Obrigkeit eröffnet. So sonderbar dies aber auch erscheint, so war es jedenfalls folgerichtig, denn es gehörte nur zu einem förmlichen Plane, nicht nur die Handlungen der Menschen, sondern auch ihre Ansichten unmittelbar in die Gewalt der Regierung zu bringen. Darum waren die Gesetze, die jetzt zuerst gegen Zeitungen gegeben wurden, so strenge, und die Verfolgung der Schriftsteller so unnachsichtlich, weil es offenbar die Absicht war, jeden politischen Schriftsteller, der eine unabhängige Meinung aussprach, zu Grunde zu richten.

Diese und ähnliche Maßregeln, die nachher erwähnt werden sollen, erregten eine solche Unruhe, daß nach der Meinung vorzüglicher Beobachter der Zustand der öffentlichen Angelegenheiten ein verzweifelter, vielleicht ein hoffnungsloser geworden war. Die äußerste Niedergeschlagenheit, womit am Ausgange des 18. Jahrhunderts die besten Freunde der Freiheit in die Zukunft blickten, ist sehr bemerkenswert und bildet einen auffallenden Zug in ihrer Privatkorrespondenz. Und obgleich verhältnismäßig wenige solche

2018

Gesinnungen auszusprechen wagten, tat es doch Fox, dessen unerschrockenes Herz ihn alle Gefahr verachten ließ, und drückte öffentlich aus, was die Regierung hätte zurückschrecken müssen, wenn so etwas möglich gewesen wäre. Denn dieser ausgezeichnete Staatsmann, der mehr als einmal Minister gewesen war und nachher wieder Minister wurde, nahm keinen Anstand, im Jahre 1795 von seinem Platz im Parlamente aus zu erklären, wenn diese und andere schmachvollen Gesetze, die in Vorschlag gebracht wurden, wirklich durchgehen sollten, so würde gewaltsamer Widerstand gegen die Regierung bloß noch eine Frage der Klugheit sein, und wenn sich das Volk dem Kampfe gewachsen fühlte, so würde es vollkommen berechtigt sein, sich den Willkürmaßregeln zu widersetzen, durch die seine Regierung die Freiheit zu ersticken suche.

Die Regierung jedoch ließ sich in ihrem unsinnigen Lauf nicht aufhalten. Die Minister hatten eine sichere Mehrheit in beiden Parlamentshäusern und konnten ihre Maßregeln, dem Volke zum Trotz, durchbringen. Dieses freilich widersetzte sich ihnen auf jede Weise, die nur nicht wirkliche Gewalt war. Der Zweck dieser neuen Gesetze war, den Geist der Forschung zu zügeln und die Reformen zu hintertreiben, welche durch den Fortschritt der Gesellschaft unumgänglich gemacht werden. Neben ihnen wurden noch andere Mittel zu dem Ende angewendet. Es ist keine Uebertreibung, daß England einige Jahre hindurch mit absolutem Terrorismus regiert wurde. Die Minister des Tages verwandelten einen Parteikampf in Proskriptionen, füllten die Gefängnisse mit ihren politischen Gegnern und ließen sie dort mit der schändlichsten Strenge behandeln. Wenn einer als Reformer bekannt war, so war er in steter Gefahr, verhaftet zu werden, und wenn er dem entging, so wurde er überall bewacht und seine Privatbriefe geöffnet, wenn sie durch die Post gingen. In solchen Fällen machte man sich aus nichts Gewissen. Selbst das Vertrauen der Häuslichkeit wurde verletzt. Kein Gegner der Regierung war unter seinem eigenen Dache sicher gegen die Berichte von Horchern und das Geklatsch der Dienerschaft. Zwietracht wurde in den Schoß der Familien eingeführt und Zerwürfnisse zwischen Eltern und Kindern verursacht. Nicht nur die stärksten Versuche zur Unterdrückung der Presse wurden gemacht, sondern auch die Buchhändler so unausgesetzt verfolgt, daß sie nicht wagten, ein Werk zu veröffentlichen, wenn sein Verfasser sich schlecht mit dem Hofe stand. Und wirklich wurde jeder, der sich mit der Regierung in Opposition setzte, für einen Feind des Vaterlandes erklärt. Politische Gesellschaften und politische Versammlungen waren scharf verboten. Jeder Volksführer war in persönlicher Gefahr, und jede Volksversammlung wurde entweder mit Drohungen oder mit Soldaten auseinandergejagt. Das verhaßte Werkzeug, mit dem die schlimmsten Tage des 18. Jahrhunderts vertraut waren, wurde in Bewegung gesetzt. Spione wurden bezahlt, Zeugen angestiftet, Geschworene ausgesucht. Die Kaffeehäuser, die Gasthäuser, die Klubs waren voller Emissäre der Regierung und sie berichteten jedes Wort, das einem in der Unterredung entschlüpfte. Konnte so kein Beweis zusammengebracht werden, so gab es noch ein Mittel, das schonungslos angewandt wurde. Die Habeas-Corpus-Akte war beständig suspendiert, und so konnte die Krone ohne Untersuchung und ohne Ende jeden einsperren, der dem Ministerium verhaßt war, aber von dessen Verbrechen man keine Beweise vorzubringen unternahm.

Auf diese Weise unterdrückten die Regierer Englands am Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Vorwande, die Verfassung des Landes zu schützen, das Volk, zu dessen Besten allein diese Verfassung doch existieren sollte, und dies war noch keineswegs der ganze Schaden, den sie wirklich anrichteten; ihre Versuche, den Fortschritt der Meinungen aufzuhalten, waren aufs Genaueste verknüpft mit jenem monströsen System auswärtiger Politik, wodurch uns eine Schuld aufgebürdet worden ist, die ihresgleichen nicht hat. Um die Zinsen davon zu bezahlen und die laufenden Ausgaben einer verschwenderischen und gewissenlosen Verwaltung zu decken, wurde fast jedes Erzeugnis der Industrie und der Natur besteuert. In den allermeisten Fällen fielen diese Steuern auf die große Masse des Volkes, die dadurch in eine ungewöhnlich harte Lage gebracht wurde. Denn die höheren Klassen schlugen dem übrigen Teil der Nation nicht nur die dringend nötigen Reformen ab, sondern zwangen auch noch das Land, die Vorsichtsmaßregeln zu bezahlen, die infolge dieser Weigerung nötig wurden. So verminderte die Regierung die Freiheit des Volkes und verschwendete den Ersatz seiner Industrie, um dieses Volk gegen Ansichten zu beschützen, zu welchen es durch die Zunahme seiner Kenntnisse unwiderstehlich getrieben worden war."

So wars in England unter dem Eindruck der großen französischen Revolution und der Kriege, in die England mit Frankreich verwickelt wurde. Es ist schon lange her. Aber es ist eines der zahlreichen dunklen Kapitel aus der Geschichte des Inselreiches.

Zeugen und Rufer.

Das ökonomische System ist kein Gewebe von Vernunftsgründen, sondern ein zusammenhängender Komplex von Tatsachen, der ein verwickeltes Gewebe von Tatsachen erzeugt. Es ist töricht, zu glauben, daß dieses System von Tatsachen, das die herrschende Klasse mit großer Mühe, Jahrhunderte lang, durch Gewalt, List, Talent und Wissenschaft eingerichtet hat, abdanken und sich selbst zerstören werde, um den Ansprüchen der Armen, die ihre Rechte wiederfordern, und den Vernunftgründen ihrer Fürsprecher Platz zu machen. Wie kann man die Unterdrückung des Elends fordern, ohne den Umsturz des ganzen Restes zu fordern? Es heißt, eine abgeschmackte Forderung stellen, wenn man von dieser Gesellschaft beansprucht, das Recht zu wechseln, wodurch sie sich verteidigt. Es heißt im Mangel an Logik ertrinken, wenn man vom Staate beansprucht, daß er aufhören solle, der verteidigende Schild dieser Gesellschaft und dieses Rechtes zu sein. Der einseitige Sozialismus, der, ohne gerade utopisch zu sein, von der Annahme ausgeht, daß die Gesellschaft die Verbesserung einzelner Fehler zulasse ohne Revolution, das heißt ohne gründliche Umwandlung in dem allgemeinen und elementaren Bau der Gesellschaft selbst, ist nur eine harmlose Einbildung.

Antonio Labriola.

In den europäischen Staaten, die unverjüngt geblieben, fürchten die Herrscher jede Geisteskraft, die ungebunden und frei nur sich selbst lebt, und suchen sie durch verstellte Geringschätzung in wirklicher Geringschätzung zu erhalten. Wo sie dieses nicht vermögen, wo ein Talent sich durchgeschlagen und sich Hochachtung erbeutet, da schmieden sie es an die Schulbank, um es festzuhalten, oder spannen es in die Regierung, um es zu zügeln. Ist die Regierung voll und kann keiner mehr darin untergebracht werden, zieht man den Schriftstellern wenigstens die Staatslivree an und gibt ihnen Titel und Orden; oder man sperrt sie in den Adelshof, nur um sie von der Volksstadt zu trennen.

Börne (Aus meinem Tagebuch).

Human! Das ist das Feldgeschrei,
Das Wort, damit man feige sei.
In das hüllt jeder Stümper sich,
Dem beuget jeder Krümper sich,
Dem Schwächling passet es als Schöße,
Er deckt damit die eigne Blöße.
In seinem Schutz wird feig' gebrochen,
Was eben man noch leicht versprochen,
Den trägen Zwergenseelen ist
Der Mensch vor allem Humanist.

Ibsen (Brand).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik" (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

1. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 13

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 16. September 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

АРХИВ БУНДА

Inhalt:

Unser Kampf gegen das Zentrum der Partei Seite 97
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie (Forts.) „ 99
Die Gewerkschaftsbewegung 2. „ 100
Der Kern des Jugendkonflikts 1. „ 102
Aus unserm politischen Tagebuch „ 103
Feuilleton:
Die Tat. Von Emile Verhaeren „ 104
Zeugen und Rufer „ 104

Unser Kampf
gegen das Zentrum der Partei.

Als die Opposition gegen den Sozialpatriotismus einsetzte, wandte sie sich zunächst gegen die Politik des 4. August. Denn in der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten, in der Anerkennung des Burgfriedens trat das Wesen des Sozialpatriotismus, das Aufgeben der selbständigen proletarisch-sozialistischen Politik, die Solidarität mit der Bourgeoisie an Stelle des Klassenkampfes, am sinnfälligsten in die Erscheinung. Allein der Kampf gegen die Aufgabe der sozialistischen Grundsätze zwang die entschiedene Opposition des Linksradikalismus sofort zu einer Kritik der gesamten parteilichen wie allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, als deren Produkt sich die bürgerliche Politik der offiziellen Parteiinstanzen von selbst ergab.

So trat die Tatsache immer klarer hervor, daß die Politik des 4. August die natürliche Konsequenz der bisherigen Arbeiterbewegung war, wie sie sich unter der Einwirkung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Welt gebildet hatte. Es galt also, den Kampf gegen den gesamten Komplex aller in der Arbeiterbewegung zutage getretenen Erscheinungen zu führen, wollte man das Uebel, das bei Kriegsausbruch wie eine schwere, unheilbare Krankheit am Körper der bisherigen Arbeiterbewegung aufgebrochen war, mit seinen Ursachen ausrotten. Es galt, den Arbeitern zu zeigen, daß die Organisationen, die sie sich im Laufe von Jahrzehnten unter schweren Opfern und Mühen geschaffen, nicht mehr, wie es ihr ursprünglicher Sinn war, Hebel des Klassenkampfes, sondern Hindernisse waren, die die Arbeiterschaft, statt sie über die Bourgeoisie zu erheben, unter den Wagen der Entwicklung des Großbürgertums brachten.

In der Aufdeckung dieser Tatsache als einer der Ursachen im Versagen des Proletariats in einer unvergleichlich gewaltigen historischen Situation stieß die entschiedene Opposition auf den Widerstand des Parteizentrums, und dieser Widerstand mußte zum offenen Bruch und damit zum Kampfe gegen das Zentrum führen, sobald die Kritik an dem Bestehenden in die Kundgebung der positiven Ziele des Linksradikalismus umschlug. Um es klar und ungeschminkt zu sagen: das nächste Ziel des Linksradikalismus, die Anwendung seiner neuen, auf verschiedenen Parteitagen vor dem Kriege bereits klar bekannten Taktik in der jetzigen und künftigen Epoche der Arbeiterbewegung, verträgt sich nicht nur nicht mit den heutigen Organisationsformen der deutschen Arbeiterklasse; es ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen diese Formen. Und erst die Ueberwindung der jetzigen Organisationsformen macht die Bahn frei für den Kampf, für den ersten und wirklichen Kampf der Arbeiter um die Eroberung der politischen Macht, während die stolzen Organisationen sie zur politischen Machtlosigkeit verdammt haben.

Die Kundgebung dieses ersten und nächsten Zieles des Linksradikalismus mußte notwendig das Parteizentrum an die Seite der Parteireaktion treiben; denn die Vertreter des Parteizentrums rekrutierten sich zum überwiegenden Teile aus Elementen, die entweder an dem Bestand der heutigen Organisationsformen unmittelbar interessiert sind oder die an der Tradition der bisherigen Arbeiterbewegung noch hängen und sich nicht von ihnen loszumachen verstehen. Sie begreifen nicht, daß jetzt eine neue Epoche im Kampf der Arbeiter angebrochen ist, eine Epoche, die eine neue geistige wie organisatorische Orientierung der Arbeiterklasse nötig macht. Was vor dem Kriege auf einzelnen Parteitagen, in Artikeln, in Polemiken als Probleme von den Linksradikalen behandelt wurde, nimmt jetzt, durch die Wirkungen des Krieges mächtig gefördert, die Formen praktischer Fragen an.

Jene Zukunft ist Gegenwart geworden. Das begreifen die Vertreter des Zentrums nicht. Sie halten an dem alten Radikalismus fest; sie schwören auf die alten Formeln; sie suchen die Gegenwart an den Wahrheiten der Vergangenheit zu orientieren. Sie gebärden sich in Worten radikal — wie vor dem Kriege — aber sobald die erste praktische Probe auf das radikale Exempel gemacht werden soll, versagt ihre Rechnung. Ihr Radikalismus entpuppt sich als leeres Wortgedröhn, das höchstens die Luft, aber nicht die Festen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung erschüttern kann. Und ganz konsequent richtet das Zentrum von jetzt ab seinen Kampf mit einer viel größeren Beredsamkeit und Kraft gegen die Linke, als er jemals gegen die Rechte aufzubegehren wagte. Das Zentrum hat in den Sozialpatrioten seine natürlichen Bundesgenossen, mit denen es durch Bande